

## Rot-Schwarz:

im Wesentlichen eine Fortsetzung von Schwarz-Blau-Orange!

Die „neue“/ alte Regierung setzt in zentralen Punkten bloß den bisherigen neoliberalen Abbau-Kurs fort. Was nun als „Grundsicherung“ dargestellt wird, ist in Wirklichkeit die Zementierung der bestehenden Armut (Beibehaltung / Ausdehnung des Niedriglohnsektors, Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen,...); Studiengebühren bleiben, ebenso wird die Frage der Eurofighter„auf später“ verschoben - obwohl die Sozialdemokratie mit diesen Themen die Wahlen gewinnen konnte.



## Wer sind wir ?

Die Initiative

### „Für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB“

ist überfraktionell. Wir haben uns zusammengefunden, um GEMEINSAM einige Kernfragen der Gewerkschaftsbewegung auf dem ÖGB-Kongreß zu thematisieren.

Und wir wollen dafür Sorge tragen, dass auch die „schönsten Beschlüsse“ nach dem Kongreß nicht in Protokollen verschimmeln, sondern tatsächlich umgesetzt werden.

Die Initiative kann bei unserem Stand im Foyer des Austria Centers bzw. über folgende Kontaktpersonen erreicht werden :

**Johann Schögler** (FSG; GBA-Vorsitzender BORG-Monsbergergasse Graz; johannschoegler@hotmail.com )

**Veronika Rochhart** (PULL-Parteionabhängige LehrerInnen; UG)

**Roman Dietinger** (GPA; Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften; 0699 / 102 50 781; rodie@gmx.at)

**Eva Groyer** (GdG; Pensionistin; 01/ 513 67 43 ; groyer@lycos.at )

**Erich Dittrich** (GdG-Personalvertreter; 01/ 503 32 57); erich.dittrich@kiv.at)

**Lisbeth N. Trallori** (Sozialwissenschaftlerin; Kulturgewerkschaft KMSfB)

**Hermann Dworzak** (GPA ; Aktivist im Austrian Social Forum/ASF; dworzak@hotmail.com; 0676/ 972 31 10 )



## ÜBERFRAKTIONELLE INITIATIVE

## FÜR EINEN KÄMPFERISCHEN UND DEMOKRATISCHEN ÖGB

- Transparenz und Information
- Mit- und Selbstbestimmung
- Urabstimmungen
- Abwahlmöglichkeit von FunktionärInnen
- Volles Ausschöpfen der gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten

# DIE KRISE DES ÖGB BEGANN LANGE VOR DEM BAWAG-SKANDAL

**T**rotz der tiefsitzenden Krise des ÖGB, die lange vor dem Bawag-Skandal begonnen hat, wird in der offiziellen ÖGB-„Reform“-Debatte kaum über eine inhaltliche und strukturelle Neuorientierung unseres Gewerkschaftsbunds gesprochen. So wichtig die Lösung der Finanzsituation ist, Zukunft wird der ÖGB nur haben, wenn er sich neue Zielsetzungen gibt, radikal demokratisiert und stark hin zu Frauen, atypisch Beschäftigten, Arbeitslosen und ImmigrantInnen öffnet. Ebenso ist es unerlässlich, die sozialen Bewegungen zu unterstützen und als Bündnispartner zu gewinnen.

**U**nser Initiative versteht sich als **EIN Beitrag zu diesem Wandel und Öffnungsprozess.**

Im Folgenden umreißen wir einige Kernfragen der Gewerkschaftsbewegung, um die nicht mehr länger ein „Umweg“ gemacht werden kann.

## IM ÖGB WIRD VOR ALLEM „OBEN“ ENTSCIEDEN

**D**ie „neue „/alte Regierung plant u.a. eine weitere Verschlechterung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge. Dabei wird auf das „Sozialpartner“-papier vom Dezember des Vorjahrs zurückgegriffen, das auch die Unterschrift des geschäftsführenden ÖGB-Präsidenten trägt.

Rot-Schwarz strebt eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten an. Trotzdem spricht Koll. Hundstorfer von einer „im Allgemeinen positiven Grundlage“ für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und stimmt somit dem Regierungsprogramm zu.

Das sind nur einige von vielen Beispielen dafür, dass Mitglieder bzw. die zuständigen Gremien – trotz vieler Versprechungen in den letzten Monaten – nicht gefragt werden und daher weder mitbestimmen noch mitentscheiden können.

**E**s mangelt generell an Transparenz: Über Funktion und inhaltliche Ausrichtung der Gewerkschaften bis hin zu KV-Verhandlungen, die meistens hinter verschlossenen Türen stattfinden.

**E**s fehlt an systematischer Information über relevante Fragen: Erfahrungen/Ereignisse in den Betrieben; das reale Funktionieren der alles andere als „sozialen Marktwirtschaft“ – sprich des Kapitalismus neoliberaler Prägung.

### **Demgegenüber wäre nötig:**

**MITBESTIMMUNG** auf allen Ebenen.

Transparenz und konzentrierte Information schaffen die Voraussetzungen dafür.

**SELBSTBESTIMMUNG.** Das heißt z.B. das Recht unabhängig vom „good will“ der ÖGB-Führung zu streiken und auch die statutarische Möglichkeit zu haben, jederzeit die Führung abzuwählen.

**URABSTIMMUNGEN.** Zu wesentlichen Fragen wie KV-Verhandlungen, Streik, Arbeitszeit, Zukunft der Sozialsysteme (Pensionen, Krankenversicherung,...).

## Wir sitzen mit den UnternehmerInnen nicht „sozialpartnerschaftlich in einem Boot“!

ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen haben unterschiedliche Interessen.

Wir müssen unsere Arbeitskraft verkaufen, die Damen und Herren Unternehmer wollen daraus möglichst viel Gewinn schlagen. Mit anderen Worten: Es handelt sich um eine „ZWEIKLASSENGESELLSCHAFT“ mit gegensätzlichen Polen.

„Sozialpartnerschaft“ heißt nicht – wie von der ÖGB-Führung immer wieder behauptet wird – „auf den Verhandlungsweg zu setzen „Verhandelt wird auch nach einem Generalstreik! Sozialpartnerschaft bedeutet vielmehr die strategische Unterordnung unter die Interessen der „Wirtschaft“.

## Wir sind mit ALLEN ArbeitnehmerInnen dieser Erde solidarisch !

Das Kapital agiert heute – getrieben durch rücksichtslose Profitmaximierung – globaler und aggressiver denn je. Kaum hat es in einem anderen Land günstigere Konditionen, etwa Steuererleichterungen, sperrt es Betriebe zu und wirft die Beschäftigten auf die Straße.

Fatal wäre es, darauf mit engstirnigen, nationalistischen Konzepten zu antworten. Vielmehr gilt es, dem international agierenden Kapital, die Solidarität der ArbeitnehmerInnen über Landesgrenzen hinweg entgegenzustellen und gemeinsame Forderungen aufzustellen.